

---

**Zweiter Tag des Zwanzigsten Treffens**  
MC(20) Journal Nr. 2, Punkt 8 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 5/13**  
**REDUZIERUNG DES ÖKOLOGISCHEN FUSSABDRUCKS**  
**DER ENERGIEBEZOGENEN AKTIVITÄTEN IN DER OSZE-REGION**

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf die OSZE-Verpflichtungen im Energie- und Umweltbereich aus der Schlussakte von Helsinki 1975, dem auf dem Maastrichter Treffen des Ministerrats 2003 verabschiedeten OSZE-Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension, dem Ministerratsbeschluss Nr. 12/06 über den Energiesicherheitsdialog in der OSZE, dem Ministerratsbeschluss Nr. 6/07 über den Schutz kritischer Energieinfrastruktur vor Terroranschlägen, der auf dem Madrider Treffen des Ministerrats 2007 verabschiedeten Madrider Erklärung zu Umwelt und Sicherheit, dem Ministerratsbeschluss Nr. 6/09 über die Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zum Thema Energiesicherheit im OSZE-Raum und der Gedenkklärung von Astana von 2010 sowie in Bekräftigung dieser Verpflichtungen,

im Wissen um den Zusammenhang zwischen energiebezogenen Aktivitäten und der Umwelt,

betonend, wie wichtig es ist, die negativen Auswirkungen des ökologischen Fußabdrucks energiebezogener Aktivitäten zu reduzieren,

in Anbetracht der Folgen der Energieerzeugung sowie des Energietransports und Energieverbrauchs für die Umwelt und ihrer grenzüberschreitenden Wirkung,

in der Erkenntnis, dass eine verantwortungsvolle und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen und Energieressourcen die Umwelt schonen, den Klimawandel verlangsamen, das Wirtschaftswachstum anregen und zu Sicherheit und Stabilität beitragen kann,

angesichts der Tatsache, dass eine leistbare, diversifizierte, verlässliche und nachhaltige Energieversorgung eine wichtige Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung ist und dass Energieressourcen in hohem Maße zum Wirtschaftswachstum beitragen können, wenn verantwortungsvoll und transparent mit ihnen umgegangen wird,

feststellend, dass der ökologische Fußabdruck verringert werden kann, wenn die Teilnehmerstaaten bei der Entwicklung ihrer jeweiligen nationalen Energiepolitik auf Energiediversifizierung im Verbund mit ökologisch nachhaltigeren Energieoptionen setzen und dabei erneuerbaren Energieformen und Energieeffizienz den Vorrang geben,

unter nachdrücklichem Hinweis auf die besonderen Stärken der OSZE als Plattform für den umfassenden politischen Dialog zu Fragen der Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks energiebezogener Aktivitäten, wodurch bereits laufende bilaterale und multilaterale Aktivitäten und Initiativen ergänzt und Synergien, unter anderem mit der Arbeit des Ausschusses für nachhaltige Energie der UNECE, geschaffen werden,

in Anerkennung der Tatsache, dass verantwortungsvolle Regierungsführung, Transparenz und Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption sowie die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft in Entscheidungsprozesse und grundsatzpolitische Festlegungen auf allen Ebenen die Möglichkeit eröffnen, Umweltanliegen in Bezug auf die Energieerzeugung, den Energietransport und die Energienutzung in größerem Umfang Rechnung zu tragen, und in diesem Zusammenhang auf die Aktivitäten und Grundsätze der EITI und anderer Partnerschaften und Initiativen unter Beteiligung mehrerer Akteure verweisend,

in der Erkenntnis, dass die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit im Energiebereich zwischen Erzeuger-, Verbraucher- und Transitländern im OSZE-Raum einen kooperativen Dialog erfordert,

in dem Bewusstsein, dass die Nutzung erneuerbarer Energiequellen und kohlenstoff- armer Technologien sowie Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz einen Beitrag zur Verringerung der Luftverschmutzung und der Treibhausgasemissionen leisten und wirtschaftliche Chancen eröffnen,

in dem Bestreben, die weitere Entwicklung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen zu unterstützen, unter anderem durch den Austausch bewährter Methoden und von Technologie, um den ökologischen Fußabdruck energiebezogener Aktivitäten zu verringern,

unter besonderem Hinweis auf die Bedeutung der regionalen und subregionalen Zusammenarbeit zur Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks energiebezogener Aktivitäten, wo angezeigt, um die Sicherheit und Stabilität zu stärken,

aufbauend auf den einschlägigen zusammenfassenden Schlussfolgerungen, Empfehlungen und Ergebnissen des Einundzwanzigsten Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE zum Thema „Vergrößerung von Stabilität und Sicherheit – Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks der energiebezogenen Aktivitäten in der OSZE-Region“ –

1. legt den Teilnehmerstaaten nahe, bestmöglichen Gebrauch von der OSZE als Plattform für einen breit angelegten Dialog, Zusammenarbeit, Informationsaustausch und die Verbreitung bewährter Methoden zu machen, unter anderem in den Bereichen verantwortungsvolle Regierungsführung und Transparenz im Energiesektor, erneuerbare Energie und Energieeffizienz, neue Technologien, Technologietransfer und grünes Wachstum;
2. ermutigt die Teilnehmerstaaten, sich auch weiterhin um ein hohes Niveau an Transparenz, Rechenschaftspflicht und verantwortungsvoller Regierungsführung zu bemühen, um den ökologischen Fußabdruck energiebezogener Aktivitäten zu verringern, indem sie unter anderem für die Berücksichtigung und Stärkung von Umweltbelangen bei der Planung, Finanzierung und Umsetzung energiebezogener Aktivitäten eintreten;

3. fordert die Teilnehmerstaaten auf, zivilgesellschaftliche Organisationen in die Entwicklung strategischer Empfehlungen sowie in die Gestaltung, Umsetzung und Bewertung von Projekten einzubeziehen, die nachhaltige Energie und die Auswirkungen energiebezogener Aktivitäten auf die Umwelt zum Gegenstand haben;
4. ermutigt die Teilnehmerstaaten, Modernisierung und technologische Innovation im Energiesektor zu fördern, insbesondere mit dem Ziel, die ökologische Nachhaltigkeit zu steigern und den ökologischen Fußabdruck energiebezogener Aktivitäten zu reduzieren, etwa auch durch Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor;
5. legt den Teilnehmerstaaten nahe, sich zur Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks energiebezogener Aktivitäten für eine Zusammenarbeit auf breiter Grundlage unter Beteiligung verschiedenster Akteure aus Regierungen, internationalen, regionalen und Nichtregierungsorganisationen, der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, wissenschaftlichen Kreisen, Entwicklungsagenturen und Finanzinstitutionen einzusetzen, unter anderem durch die Förderung öffentlich-privater Partnerschaften und technologische Innovation, und so den Austausch bewährter Methoden zwischen den Teilnehmerstaaten zu fördern;
6. ermutigt die Teilnehmerstaaten zu überlegen, in welcher Form die OSZE die Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen für die Zeit nach 2015 in Bezug auf den ökologischen Fußabdruck der Aktivitäten im Energiebereich und die Initiative der Vereinten Nationen und der Weltbank „Nachhaltige Energie für alle“ unterstützen kann;
7. legt den Teilnehmerstaaten nahe, bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Projekten und politischen Konzepten betreffend die Nachhaltigkeit der Energieversorgung für die systematische Aufnahme einer Gender-Perspektive (gender mainstreaming)<sup>1</sup> zu sorgen und sicherzustellen, dass Männer und Frauen gleichberechtigt Zugang zu Ressourcen und zu deren Nutzen erhalten und gleichberechtigt an der Entscheidungsfindung auf allen Ebenen mitwirken können;
8. beauftragt die Durchführungsorgane der OSZE, im Rahmen ihrer Mandate gegebenenfalls auch weiterhin die internationale Zusammenarbeit zu fördern, unter anderem durch Unterstützung der einschlägigen internationalen und regionalen Rechtsinstrumente, Übereinkommen und Protokolle, die für die Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks energiebezogener Aktivitäten von Bedeutung sind, und auf Ersuchen deren Umsetzung durch die Teilnehmerstaaten zu unterstützen, wodurch ein Beitrag zu Transparenz, Rechenschaftspflicht und verantwortungsvoller Regierungsführung im Energiebereich im OSZE-Raum geleistet wird;
9. beauftragt die Durchführungsorgane der OSZE, im Rahmen ihrer Mandate die dimensionsübergreifenden Aspekte der Umweltfolgen von energiebezogenen Aktivitäten im

---

1 „Systematische Aufnahme einer Gender-Perspektive bezeichnet den Prozess der Folgenabschätzung jeder geplanten Aktion, seien es Gesetze, politische Strategien oder Programme, in allen Bereichen und auf allen Ebenen für Frauen und Männer. Es ist eine Strategie, die darin besteht, die Anliegen und Erfahrungen sowohl der Frauen als auch der Männer als festen Bestandteil in die Gestaltung, Umsetzung, Überwachung und Evaluierung politischer Konzepte und Programme in allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen einzubringen, damit Frauen wie Männer im selben Ausmaß davon profitieren und die Ungleichheit beendet wird. Letztes Ziel ist die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter.“ Siehe Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Zweiundfünfzigste Tagung, Beilage 3 (A/52/3/Rev.1) Kapitel IV Abs. 4.

Fall ihrer Verschärfung durch Natur- oder vom Menschen verursachte Katastrophen weiter zu verfolgen und die Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen dabei zu unterstützen, bestmöglichen Gebrauch von der OSZE als Plattform für einen breit angelegten Dialog, Zusammenarbeit, Informationsaustausch und die Verbreitung bewährter Methoden zu diesen Aspekten zu machen;

10. beauftragt das OCEEA, in Zusammenarbeit mit den Feldoperationen der OSZE im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate und im Interesse der Stärkung der Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region nachhaltige Energie zu fördern und gegebenenfalls die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auszuweiten;

11. beauftragt das OCEEA und die OSZE-Feldoperationen, im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate und auf Ersuchen des Gastlandes auch weiterhin Aufklärungsarbeit über die Auswirkungen energiebezogener Aktivitäten auf die Umwelt zu leisten und die Mitwirkung der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Wirtschaft an diesbezüglichen Entscheidungsprozessen zu erleichtern, etwa auch über die Aarhus-Zentren und andere Partnerschaften und Initiativen unter Beteiligung mehrerer Akteure;

12. ermutigt die Kooperationspartner, die Bestimmungen dieses Beschlusses auf freiwilliger Basis umzusetzen.